

Rita Schäfer

kursWECHSELN. Alternative NobelpreisträgerInnen in Bonn

Friedensaktivistinnen und Frauenrechtlerinnen fordern umfassende politische Veränderungen

Konferenz am 16. September 2010 in Bonn

Zusammenfassung

Die Konferenz ‚kursWECHSELN‘ zum 30-jährigen Bestehen des Alternativen Nobelpreises versammelte in einem der Foren wichtige Aktivistinnen aus der Friedens- und Frauenrechtsarbeit. Sie stellten ihre Projekte vor und diskutierten zentrale Themen wie Krieg und sexualisierte Gewalt, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen, Arbeitsrechte und Arbeitsbedingungen von Frauen weltweit.

Schlüsselwörter

Alternative Nobelpreisträgerinnen, Frauenrechte, Friedensarbeit, Frauenorganisationen, politische Lobbyarbeit

Summary

kursWECHSELN. Bearers of the ‚Alternative Nobel Prize‘ in Bonn. Conference in Bonn at 16th of September

Women's rights and peace activists gathered at the conference "Changing courses" in the context of the 30th anniversary of the Alternative Nobel Award. They presented their projects and discussed about war, sexualized violence, militarism and gender based violence, labour rights and working conditions for women around the globe.

Keywords

Right Livelihood Award, women's rights, peace building, women's organisations, political lobbying

1 Frauen in Kriegen und Friedensprozessen

Zum 30-jährigen Bestehen des Alternativen Nobelpreises und im Rahmen der Konferenz ‚kursWECHSELN‘ organisierte medica mondiale am 16. September 2010 in Bonn ein Forum mit namhaften Preisträgerinnen. Monika Hauser (Deutschland), Christina Hagner (Schweden) und Vesna Teršelič (Kroatien) erläuterten die Rolle von Frauen in Friedensprozessen. Zweiter Schwerpunkt war die Durchsetzung von Frauenrechten. Darüber informierten Ruth Manorama (Indien), Namrata Bali (Indien) und Irene Fernandez (Malaysia).

An konkreten Beispielen, wie den Ländern des südlichen Kaukasus und Zentralafrikas, diskutierten die Preisträgerinnen über die Mitwirkung von Frauen in Friedensnetzwerken und beim Wiederaufbau. Dr. *Monika Hauser*, Gynäkologin und Gründerin der Frauenrechtsorganisation medica mondiale, betonte, wie wichtig die umfassende Aufarbeitung von sexualisierter Kriegsgewalt für die demokratische Entwicklung und die soziale Gerechtigkeit in Nachkriegsgesellschaften ist. Dr. *Monika Hauser* war 2008

für ihre Arbeit zur Unterstützung von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden. Sie erläuterte, dass Vergewaltigungen und die mangelnde Gesundheitsversorgung millionenfach zu schweren Traumatisierungen und zur sozialen Isolation von Frauen führen. Um so wichtiger sei die strafrechtliche Verfolgung der Täter, die vielerorts jedoch nicht gewährleistet sei. Unter Bezug auf die grassierende sexualisierte Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo verlangte Monika Hauser, die Bundesregierung solle sich stärker dafür einsetzen, dass der Gewalt Einhalt geboten wird und vergewaltigten Frauen und Mädchen Gerechtigkeit widerfährt. Es gehe darum, sexualisierte Kriegsgewalt und geschlechtsspezifische Gewalt, die in Nachkriegsgesellschaften besonders hoch ist, als Strukturprobleme wahrzunehmen und auf die politische Agenda zu setzen.

Auch *Christina Hagner*, Leiterin der schwedischen Frauenrechtsorganisation „Kvinna till Kvinna“, die 2002 den Alternativen Nobelpreis erhielt, forderte klare politische Absagen gegen sexualisierte Gewalt. Sie kritisierte, dass die Militarisierung von Gesellschaften nach einem offiziellen Kriegsende die Akzeptanz der geschlechtsspezifischen Gewalt forciert. Um so wichtiger seien politische Gegenstrategien. Deshalb unterstützt „Kvinna till Kvinna“ Frauenorganisationen in Nachkriegsgesellschaften, die sich für die politische Partizipation von Frauen einsetzen. Christina Hagner unterstrich, wie wichtig Aus- und Fortbildungen für Politikerinnen seien. Häufig hätten sie Vorbildfunktionen und würden gesellschaftliche Veränderungen in Gang setzen. Während der letzten Jahre hat „Kvinna till Kvinna“ insbesondere in Palästina, in den Ländern des südlichen Kaukasus und auf dem Balkan Schulungen für politisch aktive Frauen finanziell gefördert, wobei lokale Trainerinnen für die Durchführung verantwortlich waren.

Darüber hinaus nimmt „Kvinna till Kvinna“ auf die schwedische und europäische Außenpolitik Einfluss. Das betrifft beispielsweise das Verhältnis der EU gegenüber außereuropäischen Frauenzusammenschlüssen: Das Engagement europäischer PolitikerInnen sei – so Christina Hagner – bedeutend, denn sie könnten auf diplomatischer Ebene zur Anerkennung lokaler Frauenorganisationen in Nachkriegsländern beitragen. Dies sei für deren Verhandlungsmacht wichtig. Innerhalb der EU setzt sich „Kvinna till Kvinna“ für die Einführung und Einhaltung nationaler Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 ein. Diese im Oktober 2000 verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrats fordert den Schutz von Frauen vor sexualisierter Kriegsgewalt und ihre stärkere Mitwirkung bei Friedensverhandlungen. Allerdings haben erst wenige europäische Länder nationale Aktionspläne beschlossen. Gemeinsam mit anderen skandinavischen Frauenorganisationen verlangt „Kvinna till Kvinna“ klare Zeitpläne und die Einführung von Frauenquoten bei Friedensmissionen.

Von schwierigen Friedensprozessen und langfristigen Kriegsfolgen berichtete auch die kroatische Friedensforscherin *Vesna Teršelič*, die 1998 für ihre Anti-Kriegs- und Dokumentationsarbeit mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden war. Sie hob hervor, dass es für die Aufarbeitung von Kriegsgräueln wichtig sei, insbesondere die Vergewaltigungen und die Misshandlungen von Frauen zu dokumentieren. Vor und während des Krieges in den 1990er Jahren prangerte Vesna Teršelič als Leiterin einer Anti-Kriegskoalition die eskalierende Gewalt – gerade auch gegen Frauen – an. Heute arbeitet sie an der Erforschung von Kriegsverbrechen und setzt sich für friedliche Lösungen ethnischer Konflikte ein. Sie erläuterte, wie wichtig Informations- und Diskus-

sionsprogramme in Schulen seien, um die Übertragung von Gewaltmustern auf Jugendliche zu verhindern. Allerdings gab sie auch zu bedenken, dass es auf staatlicher Ebene oft am politischen Willen zur Förderung solcher Programme mangelt. Immer wieder müssen sie und ihre Mitstreiterinnen die finanziellen und personellen Ressourcen zur Fortsetzung der Anti-Gewalt- und Versöhnungsarbeit beharrlich einfordern.

2 Frauenrechte umsetzen – Gewalt und Ausbeutung überwinden

Unsichere Finanzierungen belasten auch Frauenrechtsorganisationen, die sich gegen Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung einsetzen. Dazu zählt die „National Federation of Dalit Women“ (NFDW) in Indien. Ihre Leiterin *Ruth Manorama* wurde 2006 mit dem Alternativen Nobelpreis für ihre couragierte Arbeit geehrt. Während der Konferenz in Bonn erklärte sie, dass die Grundlage ihrer Arbeit die internationalen Menschenrechte und die Gleichheitsgrundlagen in der indischen Verfassung sowie zahlreiche Gesetze gegen Diskriminierung seien. Trotz dieser rechtlichen Vorgaben werden Dalit-Frauen, die oft auch als Unberührbare oder Kastenlose bezeichnet werden, in mehrfacher Hinsicht diskriminiert. Gegen die Benachteiligung auf der Basis der Herkunft in der Kastengesellschaft, die mit *class*- und *gender*-Hierarchien verbunden ist, geht Ruth Manorama vor.

Eindrücklich illustrierte sie die Exklusionsmuster in der indischen Gesellschaft und die Gewalt gegen Frauen in Dalit-Familien. Neben konkreter Basisarbeit in indischen Slums leitet sie die Dalit-Frauenorganisation und die nationale Frauenallianz. Ihr geht es vor allem darum, der fortschreitenden Verarmung und Ausbeutung von Dalit-Frauen durch die Umsetzung von Rechtsreformen Einhalt zu gebieten. Zudem will sie Selbstbewusstsein und die Vernetzung zwischen Dalit-Frauen stärken. Beharrlich arbeitet sie daran, Frauen anderer gesellschaftlicher Gruppen für die spezifische Problemlage der Dalit-Frauen zu sensibilisieren und die auf Kastenzugehörigkeit basierenden Vorurteile zwischen Frauen zu überwinden.

Die Herausforderung, Allianzen zwischen indischen Frauen unterschiedlicher Herkunft zu bilden, thematisierte auch *Namrati Bali*, Repräsentantin der „Self Employed Women’s Association“ (SEWA). Ihre Arbeit war bereits 1984 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden. Die 1972 gegründete Frauenorganisation hat heute über eine Million Mitglieder und gilt als größte Gewerkschaft Indiens. Dennoch gab Namrati Bali zu bedenken, dass SEWA gegenüber den etablierten und von Männern dominierten Gewerkschaften jahrelang um Anerkennung als eigenständige Gewerkschaft ringen musste. Schließlich vertritt SEWA nicht Arbeiterinnen in Fabriken oder Unternehmen, sondern die Interessen der im informellen Sektor tätigen Frauen; zu ihnen zählen Straßenhändlerinnen, Heimarbeiterinnen, Landarbeiterinnen und Müllsammlerinnen. Sie arbeiten oft für minimale Löhne, haben keine soziale Absicherung und müssen extrem lange Arbeitszeiten durchhalten. Vielerorts werden ihnen jegliche Arbeitsrechte verweigert, Ausbeutung und Misshandlungen sind an der Tagesordnung. Um so wichtiger ist die politische und rechtliche Lobbyarbeit durch SEWA, wie Namrati Bali erklärte. Die gelernte Textildesignerin und Expertin für die Textilindustrie skizzierte die Gründe, warum sich ihre Organisation 2006 an der Gründung des internationalen Gewerkschafts-

bundes beteiligte: Angesichts der weltweit steigenden Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern in prekären Beschäftigungsverhältnissen und „Selbstständigen“ im informellen Sektor sei es wichtig, deren Ausbeutung durch internationale rechtliche Regelungen Einhalt zu gebieten. Schließlich werden im formellen Sektor im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung und Globalisierung überall Arbeitsplätze abgebaut und in den informellen Sektor, zum Beispiel nach Indien und andere asiatische Länder, verlagert. Die ökonomische Ausbeutung von Frauen hat demnach eine internationale Dimension, die politische und rechtliche Lösungen verlangt.

Wie wichtig die internationale Vernetzung zur Durchsetzung von Arbeitsrechten ist, betonte auch *Irene Fernandez*, Gründerin und Direktorin der malaysischen Organisation „Tenaganita“. Sie setzt sich für die Rechte von Gastarbeiterinnen ein, schließlich arbeiten über drei Millionen Menschen aus Indonesien, Bangladesch, Kambodscha, Vietnam und anderen asiatischen Ländern oft unter unmenschlichen Bedingungen auf Plantagen, in Bordellen und privaten Haushalten Malaysias. Irene Fernandez schilderte, dass sich in Malaysia ähnlich wie in Indien die Auswirkungen der globalen Verlagerung von Produktionsleistungen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zeigen und vor allem junge Frauen von Ausbeutung und Gewalt betroffen seien. Sie kritisierte, dass internationale und nationale rechtliche Regelungen in Malaysia nicht angewandt werden, was die völlige Rechtlosigkeit der Immigrantinnen zur Folge habe. Irene Fernandez kennt diese Probleme aus ihrer langjährigen Bildungsarbeit für junge Arbeiterinnen. Vielen wird jegliche medizinische Versorgung verweigert, was wiederholt zu Todesfällen durch Krankheiten und AIDS führte. Anstatt gegen diese Missstände vorzugehen, griff die malaysische Regierung „Tenaganita“ und namentlich Irene Fernandez an. Nach jahrelangen zermürbenden Gerichtsverhandlungen wurde sie 2003 schuldig gesprochen, das Ansehen Malaysias nachhaltig beschädigt zu haben. Nur gegen Zahlung einer Kaution entging sie einer Haftstrafe. Selbst ihre Reise zur Verleihung des Alternativen Nobelpreises im Jahr 2005 wurde zum Politikum. Fünf Jahre nach der Preisverleihung ist die Situation für Irene Fernandez nicht einfacher geworden. Sie wies darauf hin, dass die internationale Aufmerksamkeit, wie sie die Bonner Konferenz ermöglichte, für die Frauen- und Menschenrechtsarbeit ihrer Organisation um so wichtiger sei. Diese Einschätzung teilten die anderen Preisträgerinnen; damit unterstrichen sie die Bedeutung dieses auf Frauenrechte, Friedensprozesse und geschlechtsspezifische (Kriegs-)Gewalt fokussierten Forums.

Insgesamt bot die Veranstaltung eine gute Möglichkeit zum Austausch zwischen den Preisträgerinnen. Gleichzeitig ermöglichte sie einer interessierten Öffentlichkeit, deren Erfahrungen, Problemanalysen und Lösungsstrategien kennenzulernen.

Links

www.rightlivelikelihood.org/
www.medicamondiale.org/
www.kvinnaatillkvinna.se/
www.documenta.hr/eng/
www.nawoindia.org/
www.sewa.org/
www.tenaganita.net/

Zur Person

Rita Schäfer, Dr., Ethnologin. Arbeitsschwerpunkte: Forschungen in Sierra Leone, Südafrika, Simbabwe, Namibia. Mehrere Forschungsprojekte über Gender, Frauenrechte, geschlechtsspezifische Gewalt und Frauenorganisationen in Afrika. Gastprofessorin an der HU Berlin und an der Universität Göttingen. Gutachterin für Entwicklungsorganisationen
Kontakt: E-Mail: marx.schaefer@t-online.de